

Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete 2019

Informationen zum Antragsverfahren 2019

Übersendung der Anlage B für das Antragsjahr 2019

1. Einreichungsfrist

Die Einreichungsfrist endet am **15. Mai 2019**. Die beigefügte Anlage B ist zusammen mit dem Mantelbogen zum Sammelantrag sowie dem Flächenverzeichnis über das ELAN-Verfahren online einzureichen. Darüber hinaus ist der Datenbegleitschein zu unterschreiben und per Post fristgerecht an die für Sie zuständige Kreisstelle zu senden.

2. Voraussetzungen

2.1 Anforderungen an die Flächen

Die im Rahmen der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete **förderfähigen Flächen** müssen folgende Kriterien erfüllen:

- Die Schläge bzw. Teilschläge müssen in einem von der EU anerkannten benachteiligten Gebiet in Nordrhein-Westfalen liegen.
- Die förderfähige Fläche im benachteiligten Gebiet muss mindestens 3 Hektar betragen (Bagatellgrenze).
- Förderfähig sind nur Teilschläge mit einer Mindestgröße von 0,01 Hektar. Landschaftselemente werden nicht gefördert.

2.1.1 darüber hinaus gilt in Berggebieten (Code 1)

- Die Schläge bzw. Teilschläge müssen als Grünland- oder Ackerfläche genutzt werden, das heißt die Nutartcodes 50 bis 57, 563 bis 599 und 907 bis 999 sind nicht förderfähig.

2.1.2 darüber hinaus gilt in aus erheblichen naturbedingten Gründen (Code 2) und in aus anderen spezifischen Gründen benachteiligten Gebieten (Code 3)

- Die Schläge bzw. Teilschläge müssen als landwirtschaftliche Fläche Es sind alle Nutartcodes mit Ausnahme der Fruchtartcodierungen 50 bis 57, 563 und 599 und 907 bis 99 förderfähig. Die benachteiligten Gebiete sind mit einer EMZ (Ertragsmesszahl) gekennzeichnet.

2.1.3 darüber hinaus gilt im Phasing-Out-Gebiet (Gebiete der historischen Gebietskulisse mit Code 2, jetzt Code 4)

- Die Schläge bzw. Teilschläge müssen als landwirtschaftliche Fläche mit folgenden Fruchtartcodierungen genutzt werden: 421 - 424, 459, 480, 492, 572 und 573.

2.2 Mindestprämienhöhe

Eine Prämie wird nur gewährt, wenn mindestens 250 Euro erreicht werden (Bagatellgrenze).

3. Flächenverzeichnis 2019 – notwendige Angaben bei Antragstellung

Schläge bzw. Teilschläge, für die die Ausgleichszulage beantragt werden sollen, sind im Flächenverzeichnis zu kennzeichnen. Weiterhin sind Schläge, die in zwei unterschiedlichen benachteiligten Gebieten oder zwei unterschiedlichen EMZ-Gruppen liegen, in mehrere Teilschläge zu unterteilen.

Um die Antragstellung zu erleichtern, wurden im Flächenverzeichnis 2019 für die (Teil-)Schläge aus dem Jahr 2018, die im Antragsjahr 2019 förderfähig sind, die Bindung B vorgeblendet.

Alle Schläge, die in unterschiedlich benachteiligten Gebieten (Berggebiet, natürlich benachteiligtes Gebiet, spezifisch benachteiligtes Gebiet oder Phasing-Out-Gebiet) oder in Gemeinden mit unterschiedlicher EMZ-Gruppe liegen bzw. die nur teilweise im benachteiligten Gebiet liegen, müssen in entsprechende Teilschläge aufgeteilt werden. Die Angaben über die Art der Benachteiligung und die EMZ-Gruppe können Sie der Kulisse „benachteiligte Gebiete“ entnehmen, den Sie sich im GIS einblenden lassen können.

Bei Flächen, die in der Kulisse liegen und die förderfähigen Nutzartrcodes enthalten, wird die Bindung B vorgeblendet. Wenn Sie neue Teilschläge bilden oder Nutzartrcodes sich ändern, müssen Sie zur Beantragung der Ausgleichszulage die Bindung B im Flächenverzeichnis setzen.

Weitere Informationen zur Benachteiligung erhalten Sie an Ihrer Kreisstelle oder im Internet unter www.landwirtschaftskammer.de.

4. Degression

Die Höhe der Ausgleichszulage je Hektar wird in Abhängigkeit der förderfähigen Fläche wie folgt gestaffelt:

bis 100 ha : 100 Prozent

über 100 ha – 150 ha: 75 Prozent

über 150 ha: 0 Prozent

5. Kürzungen

Neben Kürzungen bei fehlerhaften Flächenangaben ist zu beachten, dass Verstöße gegen die anderweitigen Verpflichtungen (Cross Compliance) geahndet werden. Weitere Informationen zu diesem Thema können u. a. der Broschüre „**Cross Compliance 2019**“ entnommen werden.

Hier wurden nur einige der für die Ausgleichszulage wichtigen Punkte angesprochen. Zu beachten sind auch unbedingt die Erklärungen unter Nr. 3 der Anlage B, die Sie bei Antragstellung anerkennen. Lesen Sie daher die Erklärung aufmerksam durch! Bei Nichterfüllung der genannten Voraussetzungen kann es zu Sanktionen bis hin zur Ablehnung des Antrages kommen.

Über alle für die Ausgleichszulage relevanten Rechtsvorschriften kann Ihnen Ihre Kreisstelle Auskunft geben.